



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923**

357 (6.8.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-212258](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-212258)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Gesetz und Recht — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

### Neue belgische Reparationsvorschläge

Aus dem belgischen Graubuch

Berlin, 6. Aug. (Von unsem Berliner Büro.) Das belgische Kabinett wird, wie berichtet, demnächst das Graubuch voröffentlichen und in diesem werden die schon offiziell besprochenen technischen Studien enthalten sein, die in den aktivierten Hauptstädten als Grundlagen einer Besprechung der Reparationsfrage übergeben worden sind. Ueber den Inhalt dieser Forderungen erzählt man bereits heute folgendes: Im Hinblick auf die Eisenbahnfrage stellen die belgischen Sachverständigen fest, daß die belgischen Eisenbahntarife in ihren Erhöhungen niemals mit der Entwertung der Mark gleichen Schritt gehalten haben und daß die Ausgaben für die Eisenbahn in unrationeller Weise übertrieben worden sind. Das führt zu dem Schluß, daß die deutsche Regierung die Ausbeutung der deutschen Eisenbahnen gegen einen jährlichen Gegenwert von einer Milliarde Goldmark verpacken könne. Die Verbrauchsmonopole Tabak, Bier, Zucker, Holz usw. könnten für insgesamt 1500 Millionen Goldmark verpackt werden. Für die Kohlenlieferungen wird eine Gesamtsumme von 2870 Milliarden Goldmark ausgerechnet.

Die zweite Studie schlägt vor, zugunsten der Wiederherstellungsfähigkeit Anreizschmeine an die deutschen Industriellen Unternehmen auszugeben, die 25 Proz. des Reingewinns einzusetzen berechtigt, unter Voraussetzung einer Stabilisierung der Mark. Die dritte Studie untersucht die Gesamt-Einnahmen u. Ausgaben des deutschen Reichs in den Monaten April, Mai und Juni 1922, während deren der Wert der Mark sich nicht stark geändert hat. Es ergibt sich dabei ein Ueberschuß von etwa 27 Milliarden Papiermark. Es wird ausgerechnet, daß in dieser Epoche ein Ueberschuß der deutschen Einnahmen von etwa einer Milliarde Goldmark vorhanden gewesen sei. Hieraus wird der Schluß gezogen, daß bei einer normalen Finanzlage die abgenannten Einnahmen ohne schwere Ungünstigkeiten (?) dem deutschen Haushalt entzogen werden könnten.

#### Die vorläufige Haltung Belgiens

Der Brüsseler Berichterstatter der Times meldet, Theunis und Jaspars seien immer noch der Ansicht, daß trotz der gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten Besprechungen auf der Grundbasis der von Belgien in seiner Antwort auf die britische Note

#### Die deutsch-polnische Spannung

Die polnische Regierung hat in den letzten Monaten als Reaktion gegen die Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger aus Deutschland mehrere hundert Reichsdeutsche aus Polen ausgewiesen. Diese Maßnahme war als Repräsentation wieder jählich gerechtfertigt, noch völlerrechtlich begründet. Da die ausgewiesenen Reichsdeutschen sämtlich in Polen einbürgert waren, bis aus Deutschland ausgewiesenen Polen dagegen in der Mehrzahl der Fälle nur vorübergehend in Deutschland aufhielten, ihren Wohnsitz aber in Polen hatten, stellt die Ausweisung für die betroffenen Reichsdeutschen eine besondere Härte dar. Die deutsche Regierung hat das weiteste Entgegenkommen gezeigt und sich in verschiedenen Verhandlungen bemüht, eine Verständigung mit der polnischen Regierung in der Ausweisungsfrage herbeizuführen.

Die polnische Regierung war diesen Bemühungen gegenüber völlig unzugänglich und hat schließlich eine einseitige Uebernahme der von ihr geforderten mangelfreien kurzen Frist in einer Sonderfrage als Grund benutzt, die Verhandlungen abzubrechen und sogar bereits getroffene Teilvereinbarungen einseitig zu annullieren. Die deutsche Regierung hat nunmehr durch den belgischen Geschäftsträger in Warschau am 3. August eine Note überreichen lassen, in der nach Darstellung des Sachverhalts erklärt wird, sie könne sich nicht des Eindrucks erwehren, daß die polnische Regierung überhaupt kein Einverständnis in der Ausweisungsfrage anstrebe, sondern die deutschen Ausweisungen nur benutzen wolle, um die vor dem vorigen polnischen Ministerpräsidenten Sikorski am 10. April in Polen als Programm der polnischen Regierung bestimmte Entdeutschungspolitik durchzuführen. Die deutsche Regierung müsse sich vorbehalten, hieraus die entsprechenden Folgerungen zu ziehen.

#### Ein Handgranatenanschlag

Sanktionen über Düsseldorf

Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, sind dort am Samstag nachmittag während einer französischen Wachtperiode durch die Explosion von Handgranaten vier französische Soldaten und drei Zivilisten mehr oder weniger schwer verletzt worden. Aus diesem Anlaß hat die Besatzungsbehörde den Chef der kommunalen Polizei in Düsseldorf und einen deutschen Polizisten verhaftet; außerdem wurde über Düsseldorf der verhängte Belagerungszustand verlängert; weitere Sanktionsmaßnahmen gegen die Städte Düsseldorf sollen bevorstehen.

Welche Angaben über den Vorfall liegen bisher nicht vor, die Maßnahmen der Besatzungsbehörden lassen indes erkennen, daß die Franzosen deutsche Täterchaft vermuten. Ob tatsächlich Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Vermutung vorliegen, wissen wir nicht. Sollte die Untersuchung, an der Deutschland mitwirken bereit ist, die deutsche Täterchaft erweisen, so würde die deutsche Regierung dies auf das tiefste beklagen. Sie hat bei den Verhandlungen mit dem Militärsouverän erst vor kurzem zum Ausdruck gebracht, daß sie jede verbrecherische Gewaltanwendung verurteilt und sie kann diese Verurteilung heute nur mit aller Schärfe wiederholen. Verbrecherische Gewalttaten bringen Niemanden Nutzen. Die belgische Regierung hat sich über die Verbrechen der deutschen Soldaten und haben nur Bedrückungen zur Folge.

#### Ein neuer Milliardenraub

Am Samstag morgen drang eine größere Abteilung Franzosen in die Reichsbank in Weissenhofen ein und besetzte sie.

geordneten Anregung fortgesetzt werden könnten. Dies könne um so eher geschehen, als die britische Regierung ja keine bestimmte Lösung des Reparationsproblems vorschlägt, und keine Richtlinien ansetzt. Die belgische Regierung sei mit dem englischen Vorschlag, die Dokumente zu veröffentlichen, einverstanden und wünsche, daß dies in vollem Wortlaut und einschließlich der Anmerkungen der belgischen Sachverständigen geschehe. Ein Minister erklärte ihm, dem Berichterstatter, es werde sich dann zeigen, daß Belgien persönlich sei, daß es praktische und technische Vorschläge in seiner Antwort an England mache. Belgien gebe zu, daß eine unparteiische Sachverständigenkommission in Deutschland die Zahlungsfähigkeit feststellen sollte und erklärte, daß das Ruhrgebiet im Verhältnis zu den Zahlungen geräumt würde.

#### Englische Rückantwort oder nicht?

Berlin, 6. August. (Von unsem Berliner Büro.) Nach englischen Nachrichten glaubt man, daß England an Frankreich eine neue Note richten wird als Antwort auf die französische Note vom 30. Juli. Die Antwort soll am Donnerstag fertig sein. Kreisch behauptet demgegenüber die „Evening News“, daß es noch nicht feststeht, ob Großbritannien auf die französisch-belgische Note antworten wird. Darüber wird erst der Kabinettsrat vom Mittwoch die Entscheidung bringen.

#### Die Haltung Italiens

Der „Secolo“ läßt sich aus Rom melden, Italien sei mit England für eine internationale Konferenz, welche aber vorläufig abwarten, und milde sich nicht in die Streitfrage zwischen England und Frankreich und Belgien. Italien habe anstehend England gegenüber die Dezemberverträge Mussolinis wiederholt und es sei zu erwarten, daß England die Frage der interalliierten Schulden aus neue und mit mehr Vertrauen prüfen werde.

Nach einer offenbar offiziellen Stefaninote ist Italien in Uebereinstimmung mit England bereit, die Notwendigkeit des Wiedererbaus Europas anzuerkennen, es stellt aber selbst eine Reihe von Vorbehalten für die Durchführung der englischen Vorschläge auf. Die italienische Regierung setzt sich ferner besonders dafür ein, zu vermeiden, daß Deutschland etwa die Möglichkeit anheben werde, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.

#### Die Antwort Japans

Reuter meldet aus Tokio: Die Regierung hat den Baron Hanaki beauftragt, mündlich auf die britische Note zu antworten und die Hoffnung auszusprechen, daß eine freundschaftliche Verständigung zwischen den Differenzen erreicht wird, die sich gegenwärtig zwischen den britischen Vorschlägen und den französischen und belgischen Wünschen zeigen. Die Regierung legt den nächstbestmöglichen interessierten Mächten nahe, die ähnlichen Anstrengungen zu unternehmen, um eine Vereinbarung zu erreichen.

Die weiblichen Angestellten wurden bis zum Mittag, die männlichen bis zum Abend festgehalten. Der Direktor und zwei andere leitende Persönlichkeiten wurden verhaftet und mit unbekanntem Ziel abgeführt. Die Franzosen beschlagnahmten rund sechs Milliarden. Vor dem Gebäude wurden mehrere Posten aufgestellt.

#### Die Gemeinde soll büßen!

Die Franzosen haben bei der kleinen und sehr armen Gemeinde Stoppenberg 56,1 Millionen Mark beschlagnahmt. Außerdem ist der Gemeinde eine Geldbuße von 400 Millionen Mark auferlegt worden, weil der in Stoppenberg ansässige, vom Kriegsgericht verurteilte Bergwerksdirektor Heinrichs flüchtig ist. Es ist das eine ganz neue Art der Sanktionen für derartige Fälle.

#### Der Raub der Bergwerke

Berordnung Degouttes

Zu der Verordnung des Generals Degouttes wird noch bemerkt:

Am Artikel III der Verordnung Nr. 57 wird den Kontrollkommissionen das Recht gegeben, die zu Tage geförderten Rohmaterialien zu einem von ihnen selbst festgesetzten Preise zu verkaufen. Artikel IV. beauftragt, daß, wer sich den Befehlen der Kommissionen oder Beschlüssen widersetzt oder den Betrieb der beschlagnahmten Anlagen hindert, mit Gefängnis bis zu fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe bis zu 5 Milliarden Mark zu bestrafen. Artikel V. beauftragt, daß, wer sich den Befehlen der Kommissionen widersetzt oder den Betrieb der beschlagnahmten Anlagen hindert, mit Gefängnis bis zu 15 Jahren oder mit einer Geldstrafe bis zu 15 Milliarden Mark zu bestrafen. Artikel VI lautet: Wer überführt ist, eine in der obigen Art angelegene Ueberretung zu begehen, versucht zu haben, oder eine andere Person anzuregen oder anzuleiten versucht, oder eine diese Ueberretung vorbereitende Handlung begangen oder dabei geholfen zu haben, oder angeordnet, hervorgerufen, unterstützt oder gefördert zu haben, hat die gleichen Strafen zu erleiden. Artikel VII beauftragt, daß, wer die polizeigewalt in den Bergwerksbetrieben, Anstalten der deutschen Bergwerksverwaltung tritt die Interalliierte Kommission, der die Befehle dieser Kommission übertrifft, hat abgesehen von den übrigen Folgen Gefängnis bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe bis zu 5 Milliarden Mark zu gewärtigen.

Die neue Regie wird natürlich tastend vor sich gehen und sich auf Rechen mit Rücksicht beschränken. Der Kolossalismus ist bekanntlich das kritische Moment der Ruhrkrise geworden. Die neue Regie wird aber auch in Kürze der Notwendigkeit gewahrwerden, zu handeln, wenn der Rest der Rechenperiode verbraucht ist. Die Rechenperiode ist, wie der „Reichs-Anzeiger“ aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, weit davon entfernt, unter französischer Regie zu fördern und zu entwickeln, den Plan der Regierproduktion zu durchkreuzen. Sie rechnet mit der Ausweisung, unter Umständen anderer Kolonien, und stellt sich erbittert der Bedrohung ihrer Lebensgrundlage durch die Regierung der alliierten Nation gegenüber, der sie leinereit bei der Bergwerkskatastrophe in Courtois große Dienste der Menschlichkeit erweisen hat. Sie fühlt, daß sie an jenseitiger Grenz abdrängt werden könnte, wo der Reichsintellektuelle als Geschöpf handelt, das um den Rest seiner Freiheit kämpft. So liegen die Verhältnisse, nachdem die französische Ruhrpolitik, um nicht an Scheitern, zum letzten Mittel arellt.

#### Wie steht's?

Von führenden völksparteilicher Seite wird uns geschrieben:

Der Reichstag findet bei keinem Zusammentritt eine Lage vor, die von Spannungen durchdrungen ist. In sich geht es um wirtschaftliche Fragen, aber die Quelle dieser Spannungen liegt doch außerhalb politischem Gebiete. Letzten Endes handelt es sich um die Bilanz des Ruhrkampfes und um die Frage, wie wir ihn weiter betreiben und durchführen können, ohne daß Kolateralen für unsere innenpolitische und innenwirtschaftliche Lage eintreten, die unübersehbar erscheinen.

Denen, die darauf drängen, daß etwas gelbesen müßte, und daß es „so nicht weiterläuft“, muß zunächst einmal entgegengetreten werden, daß gerade in Zeiten, in denen sich schlimme Wirkungen einer Lage zu überführen scheinen, ruhige Ueberlegung am meisten geboten ist. Wenn irgendwo, dann gilt hier das Goethewort: „Nicht in Gefahren mag ich Angst empfinden“. Wenn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wuchsen und der Währungsverfall zunahm, so ist das an sich nicht verwunderlich. Wie leben im achten Monat des Ruhrkampfes, sind von unseren Hauptarbeiten und Produktionsstätten abgetrennt, müssen mit fremder Währung Rohstoffe einführen, sehen den ganzen Warenverkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland unterbrochen, unsere Eisenbahn in dem Gebiet, das hauptsächlich Ueberfluthgebiet war, unter fremder Gewalt und ohne jede Einnahme für das Reich. Das konnte nicht ohne wirtschaftliche Erschütterungen und ohne eine Verarmung der Währung von sich gehen, die uns zu früher unabhängigen Ruffen brachte.

Dieser Entwicklungsprozess wird noch weiter fortgeschritten. Wir werden in den Herbst und in den Winter hineinrücken, ohne daß wir vorläufig eine Auslicht haben, diesen Ruhrkampf zu beenden. Jeder solche Optimismus wäre hier unangebracht. Nichts deutet bisher darauf hin, daß die internationale Lage entspannt sei. Alles, was wir erwarten können für eine Entspannung, liegt in der Wirkung der Zeit begründet. Nach werden Kohlen nach Frankreich exportiert. Das wird aufhören, wenn die Kohlen geräumt sind. Frankreichs Ruhrbilanz weist fast nur Defizit auf. Die letzten Wählen zur französischen Kammer haben deutlich die in der Öffentlichkeit nicht zum Ausdruck kommende Kritik der Bevölkerung an dieser Politik der französischen Regierung erkennen lassen. Auch die in England an die Spitze der Weltwirtschaft ernennen und zu einer Lösung beitragen müßten, daß aber die öffentliche Meinung dem ganzen Konflikt entweder indifferent oder ablehnend gegenübersteht. Sogar ein amerikanischer Präsident oder eine amerikanische Regierung, die in diesem Konflikt einmischen wollte, die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten überwiegen lassen sich haben könnte. Wohl sind Wählen angesetzt, um hier Ueberlegungen herbeizuführen, aber auch hier breht es abzuwarten. Alles in allem müssen wir damit rechnen, daß wir noch Monate hindurch einen Ruhrkampf zu betreiben haben werden und den Wirkungen ins Auge schauen müssen, die sich daraus für uns ergeben.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es begründen, daß die Regierung mit einem Programm vor den Reichstag tritt, um der Inflation zu begegnen und Steuererhebungen herbeizuführen, die wenigstens einen großen Teil der ungeheuren Papiergeldflut in die Kasse des Reiches zurückzuführen lassen. Das Verhältnis der Reichsausgaben, die nur noch durch Papiergelddruck gedeckt werden, zu den Einnahmen, die durch Steuererhebungen bezahlt werden, war schließlich unerträglich geworden. Es hat keinen Sinn, jetzt lange Betrachtungen darüber anzustellen, was hier verdammt worden sei. Den Umfang der Wertenerhöhung hat wohl niemand in diesem Maße vorausgesehen. Alle steuerlichen Maßnahmen sind durch sie über den Haufen gerannt worden. Schuld hat übrigens nicht nur die Regierung, sondern auch der Reichstag selbst. Gelangt es, durch starke Ausgaben auf wertbestandiger Basis und ruckstandlos schnelle Eingehung, auf die fast alles ankam, das Papiergeld in die Reichskassen zurückzuführen zu lassen, dann ist wenigstens das Wesentlichste getan worden, was zur Behebung der unerträglich gewordenen Wahrunot gegenwärtig getan werden kann.

Am Anschluß an die Verhältnisse auf diesem Gebiete ist die Frage einer Neubildung der Regierung in den letzten Tagen, namentlich in der hauptstädtischen Presse, lebhaft erörtert worden. Diese Erörterung knüpft an einen Aufsatz der „Germania“ an, der in kürzester Weise die Regierung kritisiert und sie als politisch bankrott hinstellt. Es ist in der Sitzung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft festgestellt worden, daß dieser Aufsatz keine partiellpolitische Bedeutung besaß. Man hat die Frage erörtert, ob nicht etwa da gewisse Persönlichkeiten die Grund hätten, ihre eigene Regierungstätigkeit mit derjenigen der heutigen Regierung zu vergleichen, die Inspiratoren des Aufsatzes wären. Auch diese Frage ist wohl kaum aus berechtigten psychologischen Erwägungen entstanden. Gegenwärtig liegen die Verhältnisse so, daß es wirklich kaum jemanden in irgendeiner Partei geben wird, der ein Interesse daran hätte, das Amt eines Kanzlers oder eines Ministers zu eritreben. Vielmehr ist es doch richtig, was vom Zenitum behauptet wurde, daß der Aufsatz entstanden sei aus einer ziemlich allgemein verbreiteten Bestimmung über mangelnde Aktivität der Reichsregierung. Ob diese Kritik berechtigt ist, mag dahingestellt sein. Jedenfalls ist es festzuhalten, daß die Regierung selbst sich gegen diese Vorwürfe nicht energisch verteidigt. Aufgabe der amtlichen Verhältnisse ist doch nicht nur die Sammlung von Material, sondern auch Propagandaaktivität für die Regierung. Propagandaaktivität nach außen und innen. Nach beiden Richtungen geschieht aber wohl kaum alles, was notwendig ist. Die amtlichen Pressekonferenzen haben an Bedeutung sicher verloren, und immer mehr macht sich auch die Schamerigkeit geltend, daß die Regierung überhaupt kein offizielles Organ besitzt, aus dem die Öffentlichkeit ihre Auffassung der Dinge herauslesen könnte.

Die „Zeit“ hat kürzlich einen Vergleich gezogen zwischen der en Initiation und Aktivität reichen ersten Periode der Tätigkeit des gegenwärtigen Kabinetts und einer gewissen Schaffheit, die seit der Periode des Rentenwechsels eingetreten ist. In einem Teil der weit rechtsstehenden Presse wird auch hierfür eine Erklärung gefordert. Bis zu der ersten Note an die englische Regierung — so heißt es — habe sich der Reichskanzler zurückgezogen von der Bindung durch das Parlament. Die „Verbindungen“ hätten diese Freiheit mit schellen Augen angefaßt, und schließlich seien der Reichskanzler und das

Kabinet so eingetragt und unter ihre Verantwortlichkeit gestellt worden, daß das Kabinet unfrei geworden sei und sich infolge dieser Hemmungen nicht mehr auswirken konnte. Das ist, mit Respekt zu sagen, politische Blödsinn. Ist ebenso unsinnig wie der Ruf nach dem Diktator, der alles zum Besseren wenden soll. Wenn in Deutschland eine diktatorische Gewalt in der Hand einer oder weniger Persönlichkeiten die Dinge zum Besseren wenden soll, so liegt zur Hemmung darin, daß diese Persönlichkeiten das als Kabinetmitglied innerlich der Verfassung des Reiches am Besten Endes sieht die Verantwortlichkeit durch, an welcher Stelle sie auch steht. Es ist ebenso formal, einfach durch den Begriff der Diktatur zu glauben, die Dinge zu bessern, als man durch den Begriff der Demokratie bessere Zeiten für eine Land herbeiführt. Solange man nicht weiß, wer der Diktator ist, der Deutschland ständischen Zeiten entgegenführt, solange man nicht weiß, welche Ideen und Mittel ihm zur Verfügung stehen, um die Wirkungen des verlorenen Krieges, der Ruhrbesetzung und anderer Dinge aufzuheben, solange ist das hysterische Schreien nach dem Diktator nichts anderes als der Sameis geistlicher Armut und Unwissenheit.

So liegen die Dinge wirklich nicht, daß das Parlament durch sein Mitregieren etwa eine Hemmung für eine freie Politik des Kabinetts gewesen wäre. Das Parlament hat nur so lange in Deutschland eine Rolle, als es von der öffentlichen Meinung getragen ist. Wenn ein Reichstagsmitglied eine Unwesenpolitik macht, die von der Öffentlichkeit getragen ist, dann kann das Parlament ihm diese Politik nicht untersagen. Wäre der Reichstagsmitglied Cuno vom Parlament zu einer Politik gedrängt worden, der er innerlich widerstrebt, so lag dieser Appell an die Öffentlichkeit in seiner Macht. In Wirklichkeit kam ein solcher Appell gar nicht in Betracht, und die eine zeitlang verbreiteten Darstellungen von dem Terras, mit dem die Parteiführer den Kämpfer zu der Rolle an England gedrängt hätten — eine Rolle, deren Wortlaut sie überhaupt erst aus den Zeitungen erfahren haben — sind so erschreckend wie in der letzten Zeit nicht mehr aufgeführt worden. Man lache doch nicht nach äußerlichen Gefühlen, wo ein Grund stark genug ist, um die Schwierigkeiten unserer Lage erkennen zu lassen, nämlich die außenpolitische Lage Deutschlands, die es auch einem politischen Verstande nicht möglich machen würde, die Dinge einfach zum Guten zu wenden, sondern die jede Regierung, ob sie rechts oder links stände, darauf hingewiesen hätte, einen Nuldkampf auf lange Sicht führen zu müssen, bei dem nur alles darauf ankomme, daß sie einen Tag, ein Jahr, ein Jahrzehnt in diesem Kampfe den wirtschaftlichen Atem nicht verlieren und uns politisch nicht zu entscheiden, daß die Gegner aus dieser politischen Entscheidung Hoffnungen für ihre eigene Sache hegen könnten.

**Aus der Deutschen Volkspartei**

Die Nationalliberale Korrespondenz teilt mit: Reichstagsabgeordneter Dr. Strelemann berief den Parteivorstand der Deutschen Volkspartei auf den 9. August ein.

**Sozialdemokratische Forderungen**

- 1. eine Lohnsteuer in derselben Höhe der für Arbeiter und Angestellte zu machenden Lohn- und Gehaltsabzüge.
  - 2. Erstattung mindestens eines Drittels aller Sachwerte zugunsten des Reichs.
  - 3. Herabsetzung aller Besitzsteuern.
  - 4. Erstattung eines Drittels aller Unternehmergewinne zugunsten des Reichs.
- Durch diese Maßnahmen sei ein Einkommen von jährlich 35 Milliarden Schilling zu erhoffen.

**Der Stand der Ernährungsaussichten**

Der Reichsernährungsminister erklärte einem Mitarbeiter des „Volksanweisers“ zur Ernährungslage, auf dem Gebiete der Getreideversorgung sei das Reichsernährungsministerium energisch bemüht gewesen, im Einvernehmen mit der Reichsbank die erforderlichen Beschlüsse zur Bezahlung der Einfuhr bereitzustellen, so daß eine völlige Entspannung der Lage zu erwarten sei. Hinsichtlich der Fleischversorgung bemerkt er, ein erheblich größeres Angebot von Schlachttiere sei erst nach Beendigung der Weidewirtschaft zu erwarten. Nach den vorliegenden Nachrichten sehe eine sehr gute Brotgetreideernte bevor, und die Kartoffelernte, weiter günstige Witterung vorausgesetzt, im großen ganzen befriedigend werden dürfte, so beständen auch für die Kartoffelversorgung im kommenden Winter keine ernstlichen Befürchtungen.

Die werthebündigen Posttarife. Das Reichspostministerium befaßt sich bekanntlich mit der Absicht, die Tarife werthebündig zu gestalten. Der Verkehrsbeirat des Postministeriums ist für den kommenden Mittwoch einberufen worden, um diese Frage zu behandeln.

Der Fall Alersdorff. Das Reichsgericht hat die Revision gegen das Urteil der Heidelberger Strafkammer im Falle Alersdorff verworfen.

Es gibt keine Anstaltskette, deren Tragik darin besteht, daß sie unauflösbar sind. Da gibt es nur eine Hilfe: daß der Mensch größer ist als sein Schicksal, daß seine Weisheit nicht ins Dunkel bringt, damit er so hinauskommt über das Leid.

**Das Drama von Mayerling**

Nach Veröffentlichung der in einem Wiener Blatte publizierten Mitteilungen über den Tod des Kronprinzen Rudolf und der Baronin Sissi brachte der „Temos“ einige vor etwa zehn Jahren erschienene Erinnerungen des Botenführers Rara und schloß die auch in Karlsruher Kreisen wieder aktuell gewordenen Reminiscenzen mit dem Satz: „Das Geheimnis von Mayerling bleibt unklar.“

„Daneben erhebt der frühere französische Botschafter in Petersburg, Maurice Paléologue, gegenwärtig Kabinettsdirektor des Kaiserreichs, Einspruch. „Was mich betrifft“, so schreibt er an den „Temos“, „enthält dieses „Geheimnis“ — kein Geheimnis mehr, nachdem mir die Kaiserin Eugénie alle Umstände mitgeteilt hat. Ich hatte die Ehre, die Kaiserin auf zu kennen; so oft sie nach Paris kam, weilte ich bei ihr. Am 16. Juli 1906, als sie von einer Bergausflugsreise in der Sierra Nevada, empfing sie mich im Hotel Continental. Die Unterhaltung dauerte zwei Stunden. Nachdem sie mich ausführlich über die aussergewöhnliche Politik Frankreichs aussprach hatte — es war während der Reise von Maastricht —, erzählte sie mir über ihren Aufenthalt in Mlad bei Kaiser Franz Josef; sie hatte sich im Juni desselben Jahres verlobt. Ich zitiere nun wörtlich die Reden, die ich damals gemacht habe, und deren Veröffentlichung heute wohl zulässig ist.

„Diese Jahre sind verfloßen“, sagte sie mir, „seitdem ich den Kaiser Franz Josef nicht gesehen. Das letztemal war es in Cap Martin im Jahre 1893. Wiederholt ließ er mich durch die Fürstin Metternich mitteilen, daß er mich sehr wiedersehen möchte, aber ich entschloß mich erst während meiner Kreuzfahrt in der Adria, seiner Einladung Folge zu geben. Ich reiste von Triest nach Venedig, wo ich zwei Tage blieb. Der Kaiser hat mich sozusagen keine Minute verlassen. Wir gingen hundstunde aufzukommen spazieren. Wie eigenartig ist doch die Symptomatik. Wenn es einen Souverän gibt, dessen Name in mir traurige Erinnerungen erweckt, so ist es Franz Josef. Glauben Sie mir, trotz 1893 hielt er immer noch viel von meinem Gatten und von mir. Er weiß, daß es Napoleon III. war, der im Jahre 1866 die Bräutigam hinderte, in Wien einzumarschieren. Ich konnte also mit ihm ganz unangenehm reden. Es schien mir, daß ihm das wohlthat. Wir gingen es eben. Denken Sie doch, daß mir, er und ich, die letzten Lebensjahre einer verurteilten Epoche sind. Außer dem Kaiser Franz Josef, der in der allgemeinen Geschichte Europas eine ganz kleine Rolle spielte, sind Kaiser Franz Josef und ich die letzten Souveräne, die vor 1870 miteinander liebten. Und dann — wir sind

**Neue Todesurteile**

Der Fall des Leutnants Graf in Hamburg fand vor dem belagerten Oberkriegsgericht in Sachen als Revisionssinstanz ein Nachspiel. Man wird sich noch erinnern, daß als Folge der Ernennung eines deutschen Schupo-Beamten durch einen belagerten Soldaten im Anfang d. J. der belagerte Leutnant Graf in einem Straßenkampf in Hamburg erschossen worden war. In erster Instanz waren 4 Schupo-Beamte zum Tode, andere zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und Gefängnisstrafen verurteilt worden. Namentlich wurde gegen 8 Schupo-Beamte und eine Wirtshausbesitzerin verhandelt, und zwar als angelegliche Täter. Inzwischen hatten sich in Stettin drei andere Schupo-Beamte der Staatsanwaltschaft gestellt und sich selbst des Mordes bezichtigt. Ihr Verbrechen war zwischen in Sachen durch die Belgier klargestellt. Sie sind dann sofort wieder nach dem unbelagerten Gebiet gebracht worden.

Die Angeklagten erklärten, ihre Aussagen nur unter dem Zwang des Gendarmen-Inspektors, der sie verhört hat, gemacht zu haben. Man habe ihnen durch Drohen und Mißhandlungen die Aussagen erpreßt. Auf die ehrenrührige Versicherung des einen Angeklagten habe man ihn erwidert, ein Deutscher habe kein Ehrenwort. Der belagerte Generalstaatsanwalt nannte die Verurteilung der drei Stettiner Schupo-Beamten eine Kanaille, einen Theatercoups der deutschen Regierung. Er konstruierte, ohne auf abweichende Beweise einzugehen, die Schuld der Angeklagten und beantragte die Todesstrafe gegen 5. Die Verteidiger, darunter ein belagertes Offiziersweibchen warbten sich in zum Teil scharfen Worten gegen den Staatsanwalt. Dennoch war das Urteil überaus hart:

Leutnant Rheinhardt und die Schupo-Beamten Kiebel und Klein wurden zum Tode verurteilt. Grabert, der in erster Instanz zum Tode verurteilt worden war, wurde zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, ebenso Termochlen. Dömland wurde zu 15 Jahren Zwangsarbeit, Klaus und Romad zu je 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Frau Heilmann, die klüßig war, erhielt wiederum 5 Jahre Zwangsarbeit. Der Vorsitzende empfahl den zum Tode Verurteilten, ein Gnadenbittgesuch an den König der Belgier einzureichen.

Dieser Ausgang muß aufs höchste überraschen. Nachdem die Angeklagten auf Grund des damals schon widerriefenen Geständnisses in erster Instanz verurteilt waren, hatten die lediglich nach der Tat ins unbelagerte Gebiet geflüchteten Volksgenossen Kraw, Engeler und Schwirrat vor der Staatsanwaltschaft in Stettin die Tat ihrerseits freiwillig eingestanden. Sie haben dieses Geständnis auch als Zeugen vor dem belagerten Gericht, dem sie nach Zulassung freien Geleits vorgeführt waren, aufrecht erhalten, wenigstens Engeler dabei unter dem Einbruch seiner Lieberführung ins belagerte Gebiet für kurze Zeit schwankend gemordet war. Eine Reihe von Zeugen hat ferner eidlich bezeugt, daß Kraw, Engeler und Schwirrat ihre Tat noch in der Nacht ihrer Befreiung eingestanden haben. Die belagerten Sachverständigen haben vor dem belagerten Oberkriegsgericht bezeugt, daß die von den Stettiner Verteidigern nach ihrer Angabe benutzten und von der deutschen Regierung dem belagerten Bericht zur Verfügung gestellten Briefe den am Tatort und in der Belagerte gefundenen Geschossen und Werten genau entsprechen und danach jeder Zweifel an der Benutzung dieser Briefe ausgeschlossen war.

Demgegenüber muß die Beweiskraft der von den belagerten Sachverständigen abgegebenen und später widerrufenen Geständnisse zum mindesten bezweifelt werden, zumal die Geständnisse nach Aussagen der deutschen Zeugen, die den Vernehmungen beigewohnt haben, unter Umständen abgegeben sind, die ihre Glaubwürdigkeit von vornherein stark beeinträchtigen. Die nähere Begründung des jetzt ergangenen Urteils ist noch nicht bekannt. Was ich nicht man erst erfahren, wie das belagerte Gericht sich mit den Aussagen der belagerten Sachverständigen und der deutschen Anklagenzeugen abgefunden hat. Die Reichsregierung wird nichts unversucht lassen, um eine nochmalige Überprüfung der Schuldfrage herbeizuführen.

**Verbot der Pfadfinder und des Deutschen Hochschützings**

Nach einer Meldung des „Echo du Rhin“ hat General Desautelle die Auflösung der rheinischen Pfadfinder und des Deutschen Hochschützings verfügt mit der Begründung, daß sie eine Gefahr für die Sicherheit der Besatzungsstruppen und der öffentlichen Sicherheit darstellen.

**Die Lage in der Pfalz**

Von der französischen Besatzungsbehörde wurden 17 Zollbeamte aus Bülzingshofen ausgewiesen. — Weil sie den Befehlen der französischen Besatzungsbehörde nicht nachkommen, sind des Gendarmereis-Kommandant Jachert und Wachmeister Kudriegel von Reuland und der Stationskommandant Sittelmaier von der Gendarmereisstation Landen verhaftet worden. Wieder verhaftet wurde von der französischen Besatzungsbehörde der erst kürzlich aus dem französischen Gefängnis entlassene Funktionär Schmidt in Dahnheim.

Das Vorgehen gegen die Kommunisten in Jindland. Die Jindland Rotlistigen selbst, sind insgesamt 127 Kommunisten von 150 zu verhaftenden festgenommen worden. Von 23 kommunistischen Reichstagsmitgliedern sind bis jetzt 22 verhaftet.

Ich habe Sie zu unaufrichtig geworden. Er ist Wilmer, ich bin Witwe. Seine Frau ist erkrankt worden; mein Mann ist aus Gram gestorben. Unsere Söhne sind traurig zurunde gekommen. Ich habe meinen Thron verloren, er wird vielleicht die Hälfte meiner Steuern verlieren. Sa, der unaufrichtige Kaiser ist überaus böse, daß er, wenn ich Gott noch ein paar Jahre auf Erden läßt, die Zertrümmerung der Österreichisch-ungarischen Monarchie erleben wird. Er hat nur den einen Wunsch: die Katastrophe möge sich nicht zu seinem Beleben ereignen. Leider anseht er daran und gibt sich deshalb traurigen Gedanken hin. Der unaufrichtige Kaiser! Mein Aufenthalt in Mlad war wohlwollend. Ich muß aber sehr traurig. Sie wissen und lächelt die Frauen. Ich sage ihr: „Da Eure Majestät mir so großes Vertrauen entgegenbringen, darf ich die Frage wagen, ob Eure Majestät durch die Beziehungen zum Wiener Hofe, Kenntnis über den Vorgang des geheimnisvollen Dramas von Mayerling erhalten hat? Ich kenne darüber verschiedene Versionen. Sie sind alle widersprüchlich und scheinen mir teilweise erfunden.“

Nach kurzem Hören antwortet mir die Kaiserin mit feinem Ton, der die einsilbige Herrscherin erkennen läßt. Sie spricht: „So, ich kenne das Drama von Mayerling vollständig; ich kenne es so genau, daß ich das Dementi der Geschichte nicht zu fürchten brauche. Ich will es Ihnen erzählen. Hier die Tatsachen. Ich habe Sie von der Kaiserin Elisabeth selbst während ihres letzten Aufenthalts in Cap Martin erfahren. Am 20. Januar 1889, um 5 Uhr abend hatte der Kaiser Franz Josef mit seinem Sohne eine sehr lebhaft Auseinandersetzung wegen der Demission der Kaiserin. Er wollte ihm mit Entzweiung, wenn er die ständische Lieblichkeit nicht aufgeben würde. Der Kaiser drückte sich so scharf aus, daß der Kronprinz, ganz entsetzt, die Zusage machte, mit seiner Geliebten zu brechen. Er verlangte aber von seinem Vater die Zustimmung, das Frühlein noch einmal, zum Abschließen, leben zu dürfen; er sollte an diesem Abend mit ihr in Mayerling dinieren. Der Kaiser gab es zu. „Geh“ für diesen Abend. Aber nachher wirst du sie nicht mehr sehen. Ich habe dein Ehrenwort.“ Im Ausgang der Hofburg nahm der Kronprinz einen Platz, ließ sich nach Mayerling fahren. Im dortigen schönen Jagdpavillon erwarteten ihn Marie Sissi mit dem Prinzen Philipp von Koburg, dem Bruder des Fürsten Ferdinand von Bulgarien, und der Graf Honyos, Bruder des damaligen Botschafters in Paris. Das Abendessen verlief ruhig. Keine Worte. Das einzige Vergnügen der Gesellschaft war der Rausch der Bräutigam, der Wiener Bieder pfiff und sang. Nach der Mahlzeit gingen sich die Gäste in ihre Zimmer zurück, denn am nächsten Morgen sollte die Hochzeit stattfinden. Der Kronprinz und Marie Sissi verabschiedeten sich, Philipp von Koburg und Graf Honyos den linken Flügel des Pavillons. Als Rudolf mit seiner Geliebten allein war, erzählte er ihr, was sich zwischen ihm und seinem Vater zugezogen, und teilte ihr mit, daß er, um nicht entzwei zu werden, das Ehrenwort gegeben habe, mit ihr zu brechen. Sie erwiderte kalt: „Ich habe die auch etwas mitzuteilen. Ich bin in Hoffnung.“ Es

**Cunos Antwort an Zeigner**

Die untern 18. Juli veröffentlichte Mitteilung zu den Verleumdungen über die Möglichkeiten eines Bürgerkrieges nahm die sächsische Regierung zum Anlaß eines Schreibens an die Reichsregierung, das von der sächsischen Staatskanzlei alsbald der Presse übergeben worden ist. Auf dieses Schreiben hat, wie wir erfahren, der Reichskanzler an den sächsischen Ministerpräsidenten nachstehende Antwort gerichtet:

„Zu den in Ihrem Schreiben vom 26. Juli aufgeführten Fragen Stellung zu nehmen, bin ich gern bereit. Die am 18. Juli veröffentlichte Erklärung der Reichsregierung hat sich dagegen gewendet, daß mit einer gewissen Kollisionsmöglichkeit in steigendem Maße öffentlich die Möglichkeiten eines Bürgerkrieges erörtert wurden. Der Zweck der Verlautbarung war, vor der Fortführung eines solchen außen- und innenpolitisch gleich schädlichen Verfahrens zu warnen und der Bevölkerung die Sicherheit zu geben, daß die Reichsregierung bereit und in der Lage ist, allen Verletzungen gewalttätiger Auseinandersetzung und allen Angriffen gegen den Bestand der Verfassung des Reichs mit Erfolg entgegenzutreten. Neuierungen der Befürchtungen darüber, daß es zu schweren Konflikten kommen könne, waren der Reichsregierung, insbesondere auch aus Sach- und Thüringen, zugegangen. Aus diesem Grunde wurde in der Verlautbarung besonders darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung mit den Bundesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse einer ruhigen Entwicklung unserer innenpolitischen Verhältnisse ein Einverständnis zu pflegen bemüht sei und daß sie es in dieser Beziehung nicht an pflichtmäßiger ernster Aufmerksamkeit fehlen lasse.“

Was Sachsen anlangt, so darf ich zur Begründung dieses Hinweises auf die bedenklischen Erörterungen über die Möglichkeiten des Bürgerkrieges erinnern, die der sächsische Volksrechtler Schühlinger in der „Wochenschrift“ veröffentlichte. In der zwischen uns bereits erörterten Rede in Riedersplanitz vom 16. Juni haben Sie, Herr Ministerpräsident, auch nach der in der sächsischen Staatskanzlei vom 26. Juni von Ihnen abgegebenen Erklärung von kommenden innenpolitischen äußerlich dringenden Auseinandersetzungen und davon gesprochen, daß der Kampf aus dem bürgerlichen Lager beginnen würde usw. Der gerade gegenüber hieraus entstandenen Reueungsbewegung die weit über Sachsen und über die Angehörigen einzelner Parteien hinaus, entstanden ist, hat die Reichsregierung in ihrer Verlautbarung vom 18. Juli es für notwendig befunden, besonders auf die Belegungen zu Sachsen hinzuweisen. Wie bereits in meiner Erklärung habe ich auch hier zu erklären, daß die Reichsregierung es als ihre erste Pflicht gegenüber dem Reiche betrachtet muß und wird, die Staatsordnung und Verfassung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten.“

Entsprechend dem Vorgang der sächsischen Erklärung wurde auch diese Erwidrerung der Presse zugänglich gemacht.

**Letzte Meldungen**

**Noch zwei Opfer von Kreischen**

Kassel, 6. Aug. Von den bei dem Kreischer Unfall Verletzten sind inzwischen in der Göttinger Klinik zwei weitere Personen genesen, nämlich Kunstseiler Karl Henauer aus Münden und Lehrer Ostler Kroll aus Bad Salz. Dadurch ist die Gesamtzahl der Toten auf 48 gestiegen. Die Toten sind nunmehr sämtlich erkannt. Der Zustand der Verletzten hat sich gebessert.

Berlin, 6. Aug. (Von unv. Berliner Büro.) Der Breslauer Arbeiter Antonius Kaaß, den bereits einmal mit seinem kleinen Sporteindecker unter den Linden vor dem Opernhaus ein Unfälle, hat gestern vormittag wiederum eine Rollenbahn und zwar auf dem Sportplatz an der Schwarzenerstraße vornehmen müssen, angeblich infolge Mangelndeckels und Delinquanten. Das Flugzeug befand sich auf der Fahrt von Breslau nach Eisenberg. Die polizeiliche Aufklärungsstelle hat die Abschleppung des Flugzeuges vorgenommen.

Berlin, 6. August. (Von unv. Berliner Büro.) Ein großer Schadenfeuer, das den Dachstuhl eines Hauses in seiner ganzen Ausdehnung und noch einen Teil des Seitenflügels einäscherte, wütete gestern morgen auf dem Gelände Solfen-Charlottenberg in Charlottenburg. Der Schaden beläuft sich auf viele Hunderte von Millionen. Man vermutet Brandstiftung.

Karlruhe, 5. August. Um irrthümlichen Gerüchten entgegenzutreten, teilt der Verkehrsverein mit, daß die für Ende September und Anfang Oktober d. J. geplante „Karlruher Herbstwoche“ programmäßig stattfinden wird, abgesehen von der in Aussicht genommenen landwirtschaftlichen Ausstellung, die infolge der höchst ungunstigen wirtschaftlichen Verhältnisse auf das nächste Jahr verschoben werden mußte. Daneben werden die Theaterwerke des Badischen Landesbauers, verschiedene bedeutende multifunktionale Veranstaltungen, die technische Woche, der Hermannschiller-Jubiläumstag, ein Karlruher Sporttag, ein Schauspielerwettbewerb und andere stattfinden. Weiter ist es dem Verkehrsverein gelungen, für das nächste Jahr einige bedeutendere Konzerte nach Karlruhe zu bringen, u. a. den 49. Deutschen Musikwettbewerb. Andere größere Konzerte stehen in Aussicht.

folgte eine Szene der Verzweiflung zwischen den beiden, die sich nicht lösen ließen. „Sterben wir zusammen. Wir können nicht mehr leben! Sterben wir noch heute abend. Gott möge uns gnädig sein.“ In wildem Vorstürzen griff Rudolf nach seinem Revolver und zielte auf Marie Sissi durch einen Schuß in die Brust. Dann legte er sie entleert auf Bett. Er schmiedete ihren Leichnam mit einigen Rosen. Dann schrieb er seiner Mutter einen langen Brief, in dem er alles berichtete. Der Brief begann: „Meine Mutter, ich habe nicht mehr das Recht zu leben, denn ich habe getötet.“

Das Briefchen konnte die Kaiserin alle Einzelheiten der Tat entnehmen. Um sechs Uhr früh wies sie sich der Kronprinz durch einen Schuß in den Kopf. Zwei Stunden später machte der Kammerdiener, der den Kronprinzen wachen sollte, vergebliche Anstrengungen in das Schlafzimmer einzudringen. Der er keine Antwort erhielt, ludte er Philipp von Koburg und den Grafen Honyos auf. Wie drei gelangten durch ein zertrümmertes Fenster, das sie mit einer Leiter erreichten, in das Zimmer. Als Philipp und Graf Honyos dem Kaiser über das Geschehene berichteten, nahm ihnen der Souverän das Gesicht des Schwiegens ab. Beide hielten es.

Die Kaiserin war nach dieser Schreckung etwas erkrankt; ich möchte mich verabschieden, da man sie eine Bewegung nicht mehr fort.

Das ist nicht alles. Es wird oft gesagt, daß der Selbstmord des Kronprinzen der habsburgischen Dynastie einen verhängnisvollen Schlag erteilt habe, von dem sie sich nicht mehr erholen konnte. Ich glaube, daß dies nicht der Fall ist. Die letzten Tränen hatte aber eine andere Wirkung, die der Welt nicht bekannt ist. Als Kaiser Franz Josef das Unglück erfuhr, verabschiedete er sich von dem Papst Leo XIII., daß er dem Kronprinzen ein feierliches, kirchliches Begräbnis bereiten sollte; falls der Kaiser dies nicht gewähnte, würde er, Franz Josef, abdanken. Es entsand sich ein lebhafter Gedankenaustausch. Kardinal Rampolla war gegen das kirchliche Begräbnis, der gute Papst Leo XIII. wollte schließlich ein. Als dann nach dem Tode Leo XIII. alle liberalen Geister der katholischen Welt die Wahl des Kardinals Rampolla wünschten, erteilte Franz Josef dem Kardinal-Erzbischof von Krakau den Auftrag, im Namen des Kaisers von Oesterreich-Ungarn das Veto gegen die Wahl Rampollas auszusprechen.

Damit war unsere Unterhaltung zu Ende.

Wenn diese Mitteilungen betreffs ihrer Richtigkeit noch etwas Zweifel bedürfen, so möchte ich folgendes hinzufügen. Als Souverän in Sofia sprach ich mit dem damaligen König von Bulgarien über das Drama von Mayerling. Ich erzählte ihm, was die Kaiserin antwortet hatte. Ferdinand erwiderte: „Der Bruder Philipp hat mit mir niemals über das Drama gesprochen, dessen Augenzeuge er mit Honyos war. Ich weiß aber von anderen Seiten genau, was sich damals in Mayerling ereignete, und kann Ihnen vollkommen bestätigen, daß der Bericht der Kaiserin Eugénie den Tatsachen entspricht.“

Städtische Nachrichten

Aus der Stadtratsitzung vom 2. August 1923

Der am 19. Juli 1923 beschlossene Selbstwertungsantrag zur Vorauszahlung auf die städtische Grund- und Gewerbesteuer 1923 vom Flächen des vorjährigen Steuerjahres mit 25 A aus 100 A Grund- und Betriebsvermögen wird wegen der inzwischen weiter...

Getränksteuer

von Wein, weinähnlichen und weinhalten Getränken, vom Schaumwein und schaumweinähnlichen Getränken, vom Bier und Zerkornbier, sowie von künstlich bereiteten Getränken mit Zuzugabe des Sodawassers wird unter Annahme der reichsrechtlich...

Vorauszahlungen auf die Wohnungsabgabe

Wegen der ungenügenden Hausbrandversorgung soll der Reichskommissar für die Kohlenversorgung um scheinungsfähige Hilfe ersucht werden.

Kinderschulungsanstalt

25 Millionen A überwiesen worden. Der Stadtrat spricht für die reiche Zuzahlung seiner herkömmlichen und ausreichenden Dank aus.

Aus der Sitzung des gemischten beschließenden Ausschusses Neue Erhöhung des Straßenbahn tariffs

Seit der Einführung des 8000 Mark-Tarifs sind die Betriebskosten der Straßenbahn ganz bedeutend gewachsen; zur Vermeidung größerer Verluste für die Straßenbahnkasse wird bis zur...

Beträchtliche Erhöhung der Preise für Wasser, Gas und Steom

Durch die ständig fortschreitende Steigerung aller Betriebsausgaben der städtischen Werke, namentlich durch die am 27. Juli eingetretene Kohlenpreiserhöhung um annähernd 100 Prozent...

Weitere Gebührenerhöhungen

In Abänderung des Beschlusses vom 24. Juli werden mit Wirkung vom 1. August 1923 ab die nachgenannten Gebühren infolge der weiteren Steigerung der Löhne, Gehälter und Preise wie folgt erhöht:

- a) Kanalgebühren, halt auf monatlich 102 auf 136 Proz. des Steuerwerts (bei Einkünften ohne Einkommensteuer) halt monatlich auf 78 auf 104 Proz. der Steuerwerte;
b) Müllabfuhrgebühren, halt auf monatlich 182 auf 216 Prozent der Steuerwerte;
c) Straßenreinigungsgeldgebühren, halt auf monatlich 144 Proz. auf 192 Prozent des Steuerwerts.

Die Beschlüsse werden ab 6. August die Wochenmarktgeldgebühren um rund 50 v. H. und die Gebühren für die Benutzung der Brücken...

Der Düsseldorfer Zwischenfall

Der 6. August. (Von unserm Berliner Büro.) Ueber die Verhandlungen, die zu den neuen Sanktionen gegen Düsseldorf geführt haben, wird uns an zuverlässiger Stelle folgende Mitteilung gemacht...

Ein mißglückter Versuch

Berlin, 6. August. (Von unserm Berliner Büro.) Ein französischer Agentenberichterstatter meldet aus dem Ausgabebiet nach Paris...

Theater und Musik

Konzertgemeinde Freie Volksbühne. Mit dem Beginn der neuen Saison wird auch die Konzertgemeinde der Freien Volksbühne ihre Tätigkeit beginnen. Sie beabsichtigt, ihren Mitgliedern...

und Tabakwagen um 600 v. H. erhöht. Die künftige Höhe der Gebühren richtet sich nach der Veränderung der Besätze der städtischen Arbeiter.

Erwerbung der Anlagen des früheren Militärfließschiffplatzes Sandhofen

Der Reichskommissar veräußert auf dem früheren Militärfließschiffplatz Mannheim-Sandhofen noch über größere Anlagen, vor allem Eisenbahnstrecke, Wasserleitungen und bestellte Wege.

Der gestrige 1. Augustsonntag

brachte nach der kurzen Abkühlung in der vergangenen Woche wieder die übliche Hundstagshitze, damit Massenwanderungen in die Rhein- und Strandaufenthalte. Auf der Ludwigshafener Rheinseite, wo der Strandbadebetrieb und der Rettungsdienst organisiert ist, herrschte Hochbetrieb...

Der gestrige Sonntag zeigte das übliche Bild. Frühauflöser gingen in den Schloßgärten oder Waldpark, in dem in der 6. und 7. Morgenstunden noch tieferer Gottesfriede herrschte.

Im Friedrichspark, in dem vormittags Professor Dr. Herzog zu Sachsen, im Auftrag der Deutschen Friedensgesellschaft über das Thema 'Wie wieder Krieg?' sprach, trat im Abendkonzert Frau Leonore Homann-Webau als Solistin auf.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

Die Wiederverstellung des Wiesbadener Staatsopertheaters schreitet nach Mitteilung der Intendantin entgegen anders lautenden Nachrichten günstig fort.

„Nie wieder Krieg!“

Unter dieser Parole rief die hiesige Ortsgruppe der deutschen Friedensgesellschaft die Anhänger der Friedensbewegung zu einer Kundgebung in den Friedrichspark zu kommen. Als Hauptredner hatte man einen Gelehrten fürstlichen Gebilts gewonnen, Dr. Max Herzog zu Sachsen, der als Professor in Freiburg i. Schweiz wirkt.

5 Millionen A für ein Zwanzigmarkstück. Der Einkauf von Gold für Rechnung des Reiches und von Reichsbanknoten für Rechnung der Reichsbank wird vom 6. August ab nur noch durch die Reichsbankanstalten - also nicht mehr auch durch Vermittlung der Postanstalten - erfolgen.

Die Juli-Gehälter der Angestellten. Wie uns mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen noch nicht beendet. Eine Vereinbarung wegen des Steuerabzugs wurde nicht getroffen.

Zur neuen Milchpreiserhöhung, die heute in Kraft getreten ist, wird uns von der Direktion der Mannheimer Milchzentrale A.-G. gefolgt: In der Sitzung der Badischen Landesmilchpreiskommission vom Donnerstag, 2. Aug., wurde der Erzeugermilchpreis in den badischen Produktionsgebieten ab Montag, 6. Aug., auf 15 000 Mark je Liter Vollmilch festgesetzt.

Selbstjünger ausgewiesener Pfälzer. Einen exemplarischen Denktettel bezog dieser Tage ein Mann, der mit seinem Hund...

Ehrentausch der Mannheimer Erfindungs-Werke Mannheim Herbst 1923. Wie noch erinnerlich, begrüßte Staatspräsident...

Im Silbertau. Das Fest der Silberhochzeit begeht heute der Anhaber der Bad. und Fardensabrik Spangenberg, Herr August Spangenberg, mit seiner Gemahlin Elise geb. Hellmann, wohnhaft K 1, 3.

Der Blick ins Grüne. Ist er nicht eine Wohltat für das menschliche Auge, das mit Wohlgefallen auf dem fetten Grün der Wiese oder auf dem varierten Grün des Waldes ruht.

Kunst und Wissenschaft

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Alte Mittelungen. In Frankfurt starb im Alter von 66 Jahren der bedeutende Klarinetten- und Direktor des Raff-Konzeratoriums, Max Schwarz.

Veranstaltungen

Wiener Operettenspiele Rosenparken. Heute, Montag, wird die Schloßoperette 'Rosetten' gegeben.

Aus dem Lande

Freiburg, 5. August. Beim Bezirksamt wird als vorläufige Regelung die Erteilung einer sofort in Kraft tretenden ortspolizeilichen Verfügung beantragt.

Freiburg, 5. August. In der Vorhalle des prächtigen Hauses Dr. Witz, der bekanntlich im letzten Jahre am hellen Nachmittag in seiner Wohnung in der Dübelschtrasse verstorben wurde, wurde heute eine Trauerfeier abgehalten.

Freiburg, 5. August. Die Bucherpolizei brachte zur Anzeige einen polnischen Händler wegen übermäßiger Preiserhöhung, weil er ein Paar Hummeln um 55.000 M. verkauft.

Freiburg, 5. August. Der amerikanische Botschafter in Baden, H. B. Douglas, und Gemahlin sowie der amerikanische Botschafter in Berlin, Edward Harris, sind hier eingetroffen.

Freiburg, 5. August. Gegen eine Reihe von Händlern mußte wegen unzulässiger Preiserhöhungen ein Verbot erlassen werden, das von der Handelskammer der Stadt Freiburg durchgesetzt wird.

Freiburg, 5. August. Die Bucherpolizei brachte zur Anzeige einen polnischen Händler wegen übermäßiger Preiserhöhung, weil er ein Paar Hummeln um 55.000 M. verkauft.

Kommunale Chronik

Eine unrentable Koggenanleihe. In Bernburg ist man sehr unzufrieden über die Geldmittel, die der Staat durch die Koggenanleihe vom Frühjahr zugeflossen sind. Die Stadt legte im März eine Koggenanleihe von 5000 Tunnentouren auf.

Kleine Mitteilungen

Den Münchener Stadtrat beschäftigte schon wieder eine neue Bedingungsvariante in der Höhe von 340.28 Millionen. Die Vorlage umfaßt die Mittel für die Gehalts- und Lohn erhöhungen der Beamten, Angestellten, Lehrer, Arbeiter, Diensten- und Arbeiterpensionen ab 1. Juli und die Mittel für verschiedene Sozialversicherungsleistungen, Nachforderungen usw.

Neues aus aller Welt

Ein deutsches Ozeanverkehrsamt für Italien. Das neue Doppeldecker-Ozeanverkehrsamt 'Uran' macht für sich den Welt-Ries aus durch die Räder und Schornsteine der Dampfer. Der 'Uran', den die Deutsche Werke Aktien-Gesellschaft nach neuen Gesichtspunkten konstruiert und herstellt, wird als Reparationsleistung Italien übergeben.

Folgen der Wohnungsnot im Stadthaus. Das Büchergeschäft Buchhaus ist so überfüllt, daß 10 Gefangene in einer Zelle sitzen müssen. Das war aber diesen Herrschaften durchaus ungenügend. Sie brachen in der Nacht mit vereinten Kräften ein Loch in die Decke und gelangten auf das Dach.

Aus Handel und Industrie

Die Devisenverordnung aufgehoben

In Zusammenhang mit dem in der letzten Zeit unternommenen Versuch, der weiteren Verschlechterung der Mark entgegen zu wirken, hat sich die Reichsregierung entschlossen, durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 22. Juni 1923 über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln zum Einheitskurs den freien Devisenhandel einzuschränken und vorzuschreiben, daß Devisen nur nach einem von der Reichsbank festzusetzenden Einheitskurs gehandelt werden dürfen.

Nach der Entwicklung des Devisenmarktes in jüngster Zeit und nachdem sich insbesondere im Zusammenhang mit den Reparationen die Stockung im Waren- und Zahlungsverkehr sowie Schwierigkeiten für die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen ergeben haben, sieht sich die Reichsregierung veranlaßt, die Verordnung aufzuheben.

Wenn seither Devisen zurückgehalten wurden, weil diese Zurückhaltung höhere Kurse an Auslandsbörsen versprach oder weil für ihre Wiederbeschaffung bei späterem Bedarf große Schwierigkeiten befürchtet wurden, so fällt für Zurückhaltung von Devisen aus solchen Gründen nun jeder Anlaß weg. Uebrigens bedeutet die Aufhebung einer Goldanleihe des Reiches nunmehr die Möglichkeit, in dieser Anleihe sich ebenso zu sichern wie in Devisen.

Mitropa-Schuh A.-G., Mannheim. Mit dem Sitz in Mannheim ist die Mitropa-Schuh A.-G. mit einem Aktienkapital von 250 Millionen M. gegründet worden. Das Aktienkapital ist eingeteilt in 240.000 Stammaktien und 10.000 Vorzugsaktien. Das gesamte Aktienkapital ist von den Gründern übernommen.

Universum A.-G. zur Beschaffung von Betriebsmitteln für Handel und Industrie. In der so. G.-V. wurde der Sitz der Gesellschaft von Mannheim nach Sinsheim a. d. Elz verlegt.

Fränkische Türen- und Möbelfabrik, A.-G., Hardheim (Baden). Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, findet am Dienstag, den 28. August 1923 in Heidelberg eine so. G.-V. statt, der u. a. die Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 30 Mill. M. durch Ausgabe von 2 Mill. M. Vorzugsaktien und bis zu 28 Mill. M. Stammaktien, lautend auf den Inhaber, unter Umwandlung der bisherigen Vorzugsaktien in Inhaberkontingente und unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts vorgeschlagen wird.

Julius Siebel u. Co. Komm.-Ges. a. Akt. in Mainz. Die Meldung einer Nachrichtenagentur, daß die Einführung der Sichelaktien an der Züricher Börse zum Kurse von 200 Schweizerischen Franken bevorstehe, eilt den Tatsachen etwas voraus. Wie von unternichteter Seite verlautet, ist zunächst die Einführung der Sichelaktien an der Münchener Börse zu erwarten. Dort ist bereits die Kundmachung eingereicht und grundsätzlich genehmigt worden.

Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.-G. In der am 3. August abgehaltenen G.-V. waren 47.025 Aktien vertreten. Die vorgeschlagene Kapitalerhöhung auf 250 Mill. M., wie die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden genehmigt. Von der beschlossenen Kapitalerhöhung sollen zunächst 50.000 auf den Inhaber lautende vollbezahlte Aktien zu 1000 M. nominal mit Dividendenberechtigung ab 1. Juli 1923 den alten Aktionären im Verhältnis von 2:1 zum Preise von 250.000 M. pro Stück zum Bezuge angeboten und weitere 65.000 Stück auf den Namen lautende Aktien mit 25proz. Einzahlung und beschränkter Dividendenberechtigung ab 1. Juli 1923 an eine Konzerngesellschaft begeben werden.

Schnaittenbacher Koolin-Werke A.-G., Schnaittenbach l. Oberpfalz. Unter dieser Firma wurde am 1. August in München eine Aktien-Gesellschaft mit 200 Millionen Kapital errichtet, die den Bau und Betrieb von Koolinwerken plant. Der erste Aufsichtsrat besteht aus Geheimrat Grimm (Bayerische Vereinsbank) München, Kommerzienrat Pfeffer, Memmingen, Bankier Joseph Frisch, Stuttgart, Kommerzienrat Hammon (Bayerische Handelsbank), München, Dr. Neudegger, Fabrikdirektor in Memmingen und Brunst Otto Frisch, Stuttgart.

Vereinigte Königs- und Laurahütte. Der Bezugspreis ist auf 250.000 Prozent bei einem Bezugsverhältnis von 2:1 festgesetzt worden. In der Leitung der Laurahütte tritt ein Wechsel ein. Der Generaldirektor, Geheimrat Hilger, tritt aus dem Vorstand aus und in den Aufsichtsrat ein. Zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern werden die bisherigen stellvertretenden Direktoren Ohly, Wandel und Lehmann bestellt.

Eine neue Versicherungsgruppe. In der Interessengemeinschaft Pütz-Konzern wurden nachfolgende Versicherungsgesellschaften ins Leben gerufen: Norddeutscher Phönix Allgemeine Versicherungsbank A.-G. in Hamburg, Kapital 3 Mill. M., Europäischer Phönix Allgemeine Versicherungsbank A.-G. in Berlin, Kapital 200 Mill. M., Exelsior Allgemeine Versicherungsbank A.-G. in Berlin, Kapital 50 Mill. M., Rheydtler Allg. Versicherungsbank A.-G. in Rheydt, Kapital 3 Mill. M., Continent. Allg. Versicherungsbank A.-G. in Hannover, Kapital 3 Mill. M., Der Main Allg. Versicherungsbank A.-G. in Worms, Kapital 3 Mill. M.; sämtliche Kapitalien dieser Gesellschaften sind mit 25 Prozent eingezahlt. Rheinischer Lloyd Allg. Versicherungsbank A.-G. in M.-Gladbach, Kapital 50 Mill. M. in 500 Aktien zu 100.000 M. Sämtliche Unternehmen sollen die Transport- und Rückversicherung betreiben.

Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekensbanken. Die Zeichnungen auf die 12proz. Hypothekenschatzbriefe haben 20 Milliarden M. erreicht, die voll zugeweiht werden. Mit Rücksicht auf die andauernd drängende Nachfrage legt die

Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekensbanken einen weiteren Betrag von 10 Milliarden M. dieser 12proz. Pfandschatzbriefe zum Vorkurs von 140 Prozent zur Zeichnung auf.

Sterling-Anleihe des Hamburgischen Staats. Nach Auskunft von zuständiger Stelle wird, laut Köln. Ztg., im Auftrag des Hamburgischen Staats die Hamburger Finanzdeputation eine wertbeständige Anleihe in der Höhe von 1 Million Pfund Sterling zur Zeichnung auflegen, die mit 6 Prozent verzinst und mit 2 Prozent jährlich getilgt werden soll. Zur Ausgabe gelangt zunächst ein Betrag von 300.000 Pfund Sterling. Die Zinsen und die zurückzahlenden Stücke sollen in Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., London und New York zahlbar sein.

Spanische Goldzollaufschlag. Seitens der spanischen Regierung ist der Aufschlag auf Ein- und Ausfuhrzölle in spanischem Silbergeld oder in Noten der Bank von Spanien anstatt in Gold für den Monat August auf 33,54 pCt. (Juli 28 pCt.) festgesetzt worden. Die mittlere Monatsnotierung für die Reichsmark, die als Grundlage für die Erhebung des Valutazollzuschlages auf deutsche Waren Anwendung findet, ist für den Monat August auf 0,003 (Juli 0,007) festgesetzt worden.

Englische Regierungserklärung und belgischer Frankenkurs. Aus Brüssel wird gemeldet, daß dort am 3. August zum ersten Male das englische Pfund über 100 Franken gehandelt wurde. Der französische Franken war 125,75, das englische Pfund 100,40, der Dollar 22,22. Damit ist also auch der belgische Franken auf den jemals erreichten tiefsten Stand herabgesunken.

Devisenmarkt

Mannheimer Devisenmarkt, 6. Aug. (9.30 vorm.) Nach der New Yorker Parität ergeben sich folgende Kurse: New York 1490.000, Holland 550.000, London 6400.000, Schweiz 250.000, Italien 62.000, Prag 11.000.

Tendenz sehr fest. Devisen sehr gesucht, ohne Angebot.

Waren und Märkte

Aus der südwestlichen Eisenindustrie

In Frankreich ist die Nachfrage nach Stahlprodukten lebhafter geworden. Besonders stark im Preise hat Schrottmaterial angezogen. Da der Markt in diesem Erzeugnis stets als Barometer für die Gestaltung der übrigen Märkte angesehen werden kann, dürfte mit einer weiteren Preissteigerung in Rohreisen und Walzfabrikaten zu rechnen sein. Die luxemburger Werke haben ebenfalls Preissteigerungen zu verzeichnen. Die erhaltenen Mehrerlöse werden jedoch aufgewogen durch die Einbuße, die der Staat des belgischen Franken verursacht hat. Ferner macht sich die Verringerung der Koksfuhr schon stark bemerkbar. Von der Ruhr dürfte eine Besserung der Zufuhr nicht zu erwarten sein. Man befürchtet sogar, daß die Kohlevorräte bis zum Eintreffen weiterer englischer und amerikanischer Koks mengen nahezu aufgebraucht sein werden. Belgien dürfte keine größeren Mengen Koks liefern als bisher. Die hohen Preise, welche die Werke für den ausländischen Koks zahlen müssen, wie die durch die vielen Umładungen verminderte Qualität des Kokes werden, so schreibt die Köln. Ztg., für eine weitere Erhöhung der Preise für Rohreisen und Walzzeugnisse mitbestimmend sein. Die Erzeugung der luxemburgischen Werke im Monat Juni in Rohreisen betrug 89.786 t, im Stahl 74.351 t.

Baumwolle. (Bericht von Knoop u. Faharius, Bremen.) Die Märkte schwankten täglich stark hin und her und schlossen am 12. ds. stetig wie folgt: Bremen, fully middling g. c. u. st. loco 129 1/4 M. nom per Kilo.

Table with 5 columns: Location (Liverpool, New-York, New-Orleans), Mid. Sep., July, October, Decbr., Jan. Prices are listed in M. and cents.

Trotz günstiger Ernteentwicklung zeigen die Märkte keine Neigung, sich ernstlichen Baissegedanken hinzugeben. Man merkt immer wieder, daß eine gewisse feste Unterströmung vorhanden ist, die einstweilen einen dauernden Preisrückgang nicht aufkommen läßt. Wenn die nun im Vordergrund stehenden Ernteschätzungen von 11 Millionen Ballen und darunter sich als richtig erweisen, dann ist eine solche Auffassung der Marktlage durchaus begründet. Generalsatz: u. u. bei 49. Deutscher Weizenmarkt. Anders: eröbere u. u. zelle haben in Aussicht.

folgte eine Szene der Verzweiflung zwischen den beiden, die ich lang liebte. 'Sterben wir zusammen. Ihr können nicht mehr leben! Sterben wir noch heute abend. Gott möge uns gnädig sein.' In mildem Vorwortsgriff rief er mich zu seinem Kissen und küßte mich. Er küßte mich durch einen Schuß in die Brust. Dann legte er sie entseelt auf's Bett. Er schloß ihre Beine und umarmte sie. Dann schrie er seiner Mutter einen langen Brief in dem er alles berichtete. Der Brief begann: 'Meine Mutter, ich habe nicht mehr das Recht zu leben, denn ich habe geliebt...' Der Brief konnte die Kaiserin alle Einzelheiten der Tat entnehmen. Um sechs Uhr früh wachte sich der Kronprinz durch einen Schuß in den Kopf. Zwei Stunden später machte der Kronprinz, der den Kronprinzen wieder sollte, vergebliche Anstrengungen in das Schloss zu eindringen. Da er keine Antwort erhielt, suchte er Philipp von Reburg und den Grafen Hono auf. Alle drei gelangten durch ein geräumtes Fenster, das sie mit einer Leiter erreichten, in das Zimmer. Als Philipp und Graf Hono dem Kaiser über das Geschehene berichteten, nahm ihnen der Souverän das Gesicht des Schweigens ab. Beide hielten es.

Die Kaiserin war nach dieser Schilderung etwas ermahnt, sie wollte mich verabschieden, da möchte sie eine Bewegung tun, fuhr fort:

Das ist nicht alles. Es wird oft gesagt, daß der Selbstmord des Kronprinzen der habsburgischen Dynastie einen vernichtenden Schlag erteilt habe, denn sie sich nicht mehr wiederbeleben werde. Ich glaube, daß dies nicht der Fall ist. Die Kaiserin Tragödie hatte aber eine andere Wirkung, die der Welt unbekannt ist. Als Kaiser Franz Josef das Unglück erfuhr, teilte er es auf dem Post des XIII. daß er dem Kronprinzen ein feierliches, kirchliches Begräbnis bereiten wolle; falls der Kaiser dies nicht gewähre, würde er, Franz Josef, abdanken. Es entwickelte sich ein lebhafter Gebantenaustrausch. Kardinal Rampolla war gegen das kirchliche Begräbnis, der gute Papst Leo XIII. unterstützte schließlich ein. Als dann nach dem Tode des XIII. alle überlebten Geister der katholischen Welt die Wahl des Kardinals Rampolla einmündeten, erteilte Franz Josef dem Kardinal-Grabbald ein Verbot, die kirchliche Bestattung zu verweigern.

Wasserverarmung des Rheins am 6. Aug. morgens 6 Uhr 18.7

Verleger: Druck- und Verlags-Druckerei Dr. Oetel, Mannheim General-Anzeiger, No. 4, Mannheim 8 4 2. Direktor: Ferdinand Heine - Schriftführer: Kurt Fischer. Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Kurt Fischer; für den literarischen Teil: Fritz Gumbel; für den wissenschaftlichen Teil: Fritz Gumbel; für den sportlichen Teil: Fritz Gumbel; für den allgemeinen Teil: Fritz Gumbel. Druck: Druck- und Verlags-Druckerei Dr. Oetel, Mannheim No. 4, Mannheim 8 4 2.



